

1. Voranschlag 2026 und Finanz- und Aufgabenplan 2027–2029 (24/BS 19/205)

Eintreten

René Walther, Präsident, FDP: Den Bericht der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission sowie den Bericht der GFK-Subkommission zu diesem Geschäft haben Sie vorgängig erhalten. Ich bitte Sie, Ihre Anträge zum Voranschlag 2026 bereits in der heutigen Debatte zum Eintreten anzukündigen. Sie müssen diese allerdings nicht mit allen Details verlesen. Die Diskussion zu den Inhalten und die Bereinigung aller materiellen Anträge finden erst im Rahmen der Detailberatung am 3. Dezember 2025 statt. Zudem informiere ich Sie, dass allfällige generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Voranschlag, die sämtliche Ämter und Betriebe des Kantons betreffen, heute unmittelbar nach dem Eintreten zu stellen und zu behandeln wären, denn bei Gutheissen würden sie zwangsläufig zu einer Rückweisung des Budgets, sei es an den Regierungsrat oder an die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, führen, weil sich solche Anträge auf keine konkrete Budgetposition oder kein konkretes Globalbudget beziehen. Das Wort hat zuerst der Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, Kantonsrat Hans Eschenmoser, für seine einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

Hans Eschenmoser, Kantonsrat, SVP: Heute halten wir die Eintretensdebatte über das durch die Regierung vorgelegte Budget des Kantons Thurgau für das Jahr 2026. Der Umsatz beträgt rund 2.7 Mia. Franken, und der Aufwandüberschuss beträgt knapp 85 Mio. Franken. Die GFK anerkennt, dass der Regierungsrat, wie auch die Verwaltung, grosse Anstrengungen unternommen haben, Kürzungen beim beeinflussbaren Sach- und Personalaufwand vorzunehmen. Immer wieder hat uns dies die Regierung bei der Detailberatung kundgetan. Aber was sind die Aufgaben eines Budgets? Es sind, die finanziellen Ziele zu planen und zu steuern, indem es erwartete Einnahmen und Ausgaben für einen bestimmten Zeitraum festlegt, Transparenz über die Finanzlage schafft, die Ressourcenverteilung koordiniert und als Grundlage für die Kontrolle Soll-Ist-Vergleich dient. Das tönt ja alles gut. Aber wie wir wissen, sind die Ansichten unter uns verschieden, und die Wichtigkeit setzt jeder bei etwas anderem – und umso mehr, als wir aktuell immer noch in einer angespannten Finanzlage stecken. Dies hat sich wiederum in den intensiven Beratungen innerhalb der GFK gezeigt. So waren die Vorbereitungen der einzelnen Departemente innerhalb der Subkommissionen intensiv. Aber auch bei den gemeinsamen Sessionen mit der gesamten GFK kamen wiederum viele Fragen und Anträge auf. Entsprechend mussten zwei Halbtage und zwei ganze Tage dafür aufgewendet werden. An dieser Stelle möchte ich allen Mitgliedern der GFK herzlich für das aufgewendete Engagement danken. Ein spezieller Dank gehört den Subkommissionspräsidenten, welche, wie immer, einen immensen Aufwand hatten. Man muss sich vorstellen, dieser Aufwand muss noch neben dem Berufsalltag Platz finden. Den Kommissionsbericht

der GFK zum Budget 2026 und zum Finanz- und Aufgabenplan 2027–2029 haben alle Mitglieder des Grossen Rates erhalten. Mein Bericht mit der Beschlussfassung versteht sich als Ergänzung zu den umfangreichen, abgefassten Subkommissionsberichten. So erhalten Sie viele Informationen zum Budget 2026. Aufmerksame Leser sehen, dass der Beschluss der GFK lediglich einen reduzierten Aufwandüberschuss von rund 40 Mio. Franken beantragt. Es ist nicht so, dass massive Einsparungen oder Mehrerträge eingeflossen sind. Nein, dies ist auf das Finanzhaushaltsgesetz zurückzuführen, das festlegt, dass die gebildeten Schwankungsreserven der Nationalbank nur beansprucht werden können, wenn dies entsprechend budgetiert ist. Das heisst, wenn die Rechnung 2026 entsprechend dem Budget abschliesst, werden 43.2 Mio. Franken den Schwankungsreserven der Nationalbank abgebucht und die restlichen 40 Mio. Franken dem freien Eigenkapital. Aber, der Verlust bleibt gleich. Im Weiteren ist zu erwähnen, dass die GFK dem Antrag der Regierung über den gleichbleibenden Steuerfuss von 109 % zustimmt. Abschliessend möchte ich den Parlamentsdiensten, insbesondere Bettina Baffy und Robert Widmer, für die hervorragende Organisation der vielen Sitzungen danken, ebenfalls für das aktive Mitdenken, damit nichts vergessen geht. Das ist nicht selbstverständlich. Aber auch den verschiedenen involvierten Personen der Verwaltung, welche uns Zusatzinformationen in kürzester Frist beschaffen mussten, sei ein grosses Dankeschön ausgesprochen. Das Eintreten ist gemäss § 39 der Kantonsverfassung obligatorisch. Danke.

René Walther, Präsident, FDP: Die Diskussion zum Eintreten ist offen, und ich erteile das Wort zuerst Kantonsrätin Martina Pfiffner Müller, nach ihr folgt Kantonsrätin Sandra Reinhart.

Martina Pfiffner Müller, Kantonsrätin, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und der Verwaltung für die umfassenden Budgetunterlagen. Die durch den Regierungsrat kommunizierten Sparbemühungen sind anerkennenswert. Dennoch stehen wir vor einem Stellenausbau sowie vor einer Steigerung von Personal- und Sachaufwand. Beides steigt beträchtlich. Diese Ausgangslage wird die diesjährige Budgetdebatte mit Bestimmtheit herausfordern. Die Finanzlage des Kantons ist immer noch angespannt. Die Zielsetzungen der Finanzstrategie sind aber grossmehrheitlich erfüllt. Diese Ausgangslage lässt die finanzielle Zukunft des Kantons nicht mehr ganz so düster erscheinen. In der GFK-Session, wie auch in der jetzt anstehenden Budgetdebatte, hat sich die FDP daher klar zur Linie „Verzicht: ja, Stillstand: nein“ bekannt. Was verstehen wir darunter? Das regierungsrätliche Budget 2026 weist einen Aufwandüberschuss von 85 Mio. Franken aus. Das ist unerfreulich. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es sich hierbei um eine vorsichtige Budgetierung handelt. So waren zum Beispiel im Vergleich zum Budget 2025 keine SNB-Ausschüttungen berücksichtigt. Wer die Gesamtsicht einnimmt, sieht, dass sich die Finanzen des Kantons Thurgau auf dem richtigen Weg befinden. Es bewahrheitet sich auch, dass Schnellschüsse aufgrund

einzelner negativen Jahre falsch gewesen wären. Zufrieden stellen wir fest, dass der gleichbleibende Steuerfuss berechtigt war. Die parlamentarischen Anliegen der letzten Jahre wurden aufgenommen, das schätzen wir sehr, und dies schafft Vertrauen. Wir richten dennoch in der Budgetdebatte auch einen Blick nach vorne: Die Aufgaben- und Verzichtsplanning (AVP), die wir aus dem Parlament angestossen haben und die nun von der Regierung weitergeführt wird, steht uns noch bevor. Hier unser Wunsch, unser Hinweis: Verzicht bedeutet nicht Stillstand, bedeutet nicht „Sparen um des Sparens willen“ und auch nicht, dass Leistungsauftragsnehmende mit Beitragskürzungen bestraft werden. Es bedeutet, dass alle die eigenen staatlichen Aufgaben kritisch hinterfragen und ehrlich festlegen, was der Staat leisten muss und was nicht. Auch gebundene Aufgaben dürfen uns nicht hindern, kritisch hinzuschauen. Es gilt zudem, vor Diktat gemeinsam mit allen relevanten Anspruchsgruppen Lösungen zu suchen. Es darf nicht sein, dass nur der Sparauftrag als Argument gilt. Die für den Kanton erzielte Wirkung steht dabei im Zentrum. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind Vertretungen der Bevölkerung, also reden wir mit, wo der Kanton Wirkung erzielt und wo nicht. Ich komme zum Stellenwachstum: Das kontinuierliche Stellenwachstum beschäftigt uns. Wie ein roter Faden zieht sich die Digitalisierung durch die Begründungen. Wir unterstützen die Digitalisierung ausdrücklich und wissen, dass Investitionen nötig sind, bevor der Nutzen sichtbar wird. Aber der Nutzen darf nicht beim freundlichen Bürgerschalter enden. Uns fehlen klare Signale seitens der Verwaltung, dass die Digitalisierung mittelfristig auch zu einer Entlastung und Reduktion von Stellen führen wird. Eine erfolgreiche Digitalisierung legt den Fokus auch auf die internen Prozesse. An diesem Punkt sind wir definitiv noch nicht angelangt. Ein gutes Beispiel dafür sind steigende Portokosten. Weshalb steigen diese, wenn die Digitalisierung so stark vorangetrieben wird? Wir erwarten in Zukunft, dass hier eindeutige Prognosen pro Projekt formuliert und überwacht werden. Jede beantragte Stelle im Budget 2026 ist nachvollziehbar begründet, sei es durch steigende Schülerzahlen, durch den Abbau von Wartezeiten in der Schulpsychologie oder durch die Bekämpfung der Schwarzarbeit – das drei Beispiele, die genannt wurden. Doch die Kennzahl, die uns Sorgen bereitet, steht auf den gelben Seiten in der Botschaft. Die Zahl der Anzahl Stellen pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und pendelt sich nun bei 10.7 ein. Wir erwarten klar, dass die Kennzahl 10 nicht überschritten wird. Wie der Regierungsrat dieses Ziel erreicht, bleibt ihm überlassen. Dass es aber wieder auf die 10 sinkt, ist unser fester Anspruch. Ich komme zu den Nettoinvestitionen: Es werden in unserem Kanton beachtliche 100 Mio. Franken an Nettoinvestitionen budgetiert. Dies wird seitens der FDP-Fraktion grundsätzlich begrüsst. Dennoch möchten wir betonen, dass wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier leider keinen direkten Einfluss darauf nehmen können, ob beispielsweise in diesem Jahr die Museen saniert werden oder ob der Planungskredit für ein neues Gefängnis Vorrang erhält. Unsere Rolle beschränkt sich darauf, Fragen zu stellen, Ja oder Nein zu sagen oder gegebenenfalls Kürzungen vorzunehmen. Wir vermissen die Möglichkeit – und das

möchte ich betonen – frühzeitig und transparent in die Investitionspolitik des Regierungsrates Einblick zu erhalten. Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir als Parlament nicht nur am Ende des Prozesses vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern dass wir bereits in der Planungsphase involviert sind und unsere Verantwortung als Volksvertretung wahrnehmen können. Ich komme nun zur Ankündigung eines Antrages, denn am Beispiel des Grossprojekts für den geplanten Neubau des kantonalen Polizei- und Gefängniszentrums Thurgau gemäss Ziffer 7.2 der Beschlüsse des Grossen Rates zum Voranschlag für das Jahr 2026 erkennen wir, dass wir mit den geplanten Schritten nicht nur einverstanden sind. Die heute eingereichte Interpellation führt gut aus, welche Fragen sich uns bei diesem Bauprojekt stellen. Es geht uns dabei keineswegs – das ist wichtig – darum, den Bedarf an zeitgemässen Räumlichkeiten infrage zu stellen. Im Gegenteil, wir erkennen die Notwendigkeit an, möchten aber sicherstellen, dass dieses Bauvorhaben optimal geplant und umgesetzt wird sowie strategische Bündelungen mutig geprüft werden. So zeigen Beispiele aus anderen Kantonen, dass dort zunehmend Zentralisierungen realisiert werden, um Synergien und Effizienzgewinne weiter zu stärken. Auch in unserem Kanton wäre es vorstellbar, die Staatsanwaltschaft oder weitere relevante Institutionen im Neubau einzuquartieren. Ebenso wirft der heute gewählte Standort Fragen auf. Wir stellen aus den eben genannten Gründen den Antrag auf Ablehnung dieses Verpflichtungskredits über 5.3 Mio. Franken und fordern, dass vor einer endgültigen Kreditfreigabe alle Optionen sorgfältig geprüft und dem Parlament frühzeitig unterbreitet werden. Noch ein Wort zum Arenenberg: Hier hat der Regierungsrat unseres Erachtens bei der Kommunikation leider zu spät und zu wenig proaktiv gehandelt. Im Vorfeld zur Debatte stellten sich bei uns die Fragen, warum ein Gästehaus renoviert werden muss, wenn im Nachbargebäude die Gastronomie nicht funktioniert. Oder wir stellten uns die Frage: Braucht es einen Spielplatz, jetzt, wo das Betriebskonzept der Hotellerie und Gastronomie noch unklar ist? Solche Fragen bzw. Zusammenhänge hätten vor Sessionsbeginn proaktiver und transparenter beantwortet werden müssen, nicht erst in letzter Minute vor Ort auf dem Arenenberg. Dies ist ein Kommentar zum Wie, wie gearbeitet wird. Nichtsdestotrotz unterstützen wir die Anträge des Arenenbergs. Ich komme zum Globalbudget: Es gibt im Parlament Bestrebungen, das Globalbudget erneut pauschal zu kürzen. Für uns kommt diese Art der Kürzung nicht mehr infrage. Der Regierungsrat bewegt sich mit dem Budget 2026 im Rahmen der aktualisierten Finanzstrategie. Das anerkennen wir und begrüssen dies. Pauschale Kürzungen wären in dieser Lage das falsche Instrument. Wie bereits im letzten Jahr lehnen wir – ich bringe es, das Unwort – ein Mikromanagement gegenüber der Regierung ab. Statt blindem Rotstift setzen wir auf eine differenzierte und sachliche Diskussion. Wir sind bereit, einzelne Themenbereiche kritisch zu prüfen und Anträge individuell zu beraten, aber mit Augenmass und politischer Verantwortung. Ich komme zum Schluss: Das Budget 2026 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die eigentliche Bewährungsprobe folgt mit der wirkungsvollen Umsetzung der Aufgaben- und Verzichtsplanung und mit den Finanzplanjahren ab 2027. Die FDP-

Fraktion freut sich auf eine konstruktive Budgetdebatte. Besten Dank.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Sandra Reinhart, nach ihr folgt Kantonsrat Reto Ammann.

Sandra Reinhart, Kantonsrätin, GRÜNE: Uns liegt ein Budget vor, das den Eckwerten der Finanzstrategie entspricht. Die GFK hat dies auch noch mit der Budgetierung einer zweifachen Ausschüttung aus der Schweizerischen Nationalbank der Finanzstrategie angepasst. Ein kosmetischer Akt: Der Aufwandüberschuss wird halbiert, es wirkt auf den ersten Blick doch bedeutend weniger dramatisch, wenn ein Aufwandüberschuss von gut 40.3 Mio. Franken budgetiert wird anstatt knapp 85 Mio. Franken. Schauen wir aber auf das Finanzierungsergebnis, ändert sich da nichts: Uns fehlen über 172 Mio. Franken, um den Staatshaushalt und die Investitionen zu finanzieren, sollten die Ausschüttungen fehlen. Dennoch begrüssen wir diese Korrektur durch die GFK, da bei fehlender Ausschüttung ein Ausgleich über den Fonds nur gemacht wird, wenn der Betrag auch budgetiert ist. In den Jahren mit Maximalausschüttungen wurde dieser Fonds geäufnet, damit in schlechten Jahren wieder Geld entnommen werden kann. Dass die Ausschüttungen der SNB fehlen können, haben unsere Erfahrungen in den letzten Jahren ja gezeigt. Die Konsequenzen dieses Budgets, dass der Thurgau in die Schuldenwirtschaft läuft, liegen auf dem Tisch. Wir werden darüber entscheiden müssen, ob dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt wird, Staatsanleihen von maximal 400 Mio. Franken aufzunehmen – 400 Millionen. Wenn das ausgeschöpft werden muss, werden wir bei 700 Mio. Franken Staatsanleihen stehen. 700 Millionen – eine stolze Zahl. Auch wenn es der Finanzstrategie entspricht, auf eine Steuerfusskorrektur zu verzichten, ist das aus Sicht der GRÜNEN in diesem Fall nicht nur unverständlich, wir erachten das als mutlos, von der Regierung und auch von der GFK, die sich ja sehr intensiv mit den Finanzfragen beschäftigt. Wollen wir den Thurgau künftigen Generationen mit Schulden überlassen? Die GRÜNE-Fraktion will das nicht. Wir sind der Auffassung, dass es unsere Aufgabe ist, laufende Ausgaben selber zu finanzieren und die Investitionen zu einem erheblichen Teil. Einen entsprechenden Antrag zum Steuerfuss werden wir bei der Budgetberatung stellen. Für eine ausgeglichene Erfolgsrechnung gemäss Vorschlag GFK braucht es eine Korrektur um 6 Steuerprozent. Damit sind aber noch keine Investitionen finanziert. Investitionen zu 100 % auf Pump? Das können wir GRÜNEN nicht unterstützen, schon gar nicht, weil wir wissen, dass noch grosse Investitionen anstehen und vorerst nur die dringendsten getätigt werden oder getätigt werden können. Wir werden deshalb eine Korrektur um 8 Steuerprozent beantragen, also einen Steuerfuss von 117 %. Sollte die Mehrheit dieses Rates einer Steuerfusskorrektur nicht zustimmen, wird die Mehrheit der Grünen-Fraktion dieses Budget ablehnen. Wir können nicht unterstützen, dass der Thurgau zum Kanton mit hohen Schulden wird. Im Budget wird mit 50 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen gerechnet, eine stolze Zunahme. Ob wir das erreichen können, wird sich zeigen. Die

GRÜNE-Fraktion ist da skeptisch. Bereits letztes Jahr wurde unter massivem Spardruck budgetiert und zusätzlich von der Mehrheit dieses Rates eine Pauschalkürzung von 2 % beschlossen. Mit der Einhaltung der Finanzstrategie wurden die engen Bandagen für das Budget respektiert. Die Mitarbeitenden in den verschiedenen Ämtern wurden damit sehr gefordert, die Zitrone ist ausgepresst. Anträge, mit welchen weitere Einsparungen gefordert werden, lehnen wir deshalb ab. Wir sind der Ansicht, dass die zusätzliche 2 %-Pauschalkürzung, die im letzten Jahr beschlossen wurde, insbesondere die Bildung hart getroffen hat. Wir werden deshalb beantragen, dass die Globalbudgets der vier Kantonschulen und die Globalbudgets der sieben Bildungszentren wieder um 2 % erhöht werden, damit die Qualität der Bildung und die Bildungsvielfalt beibehalten werden können. Einen weiteren Antrag werden wir stellen zu einer 60 %-Stelle im Amt für Umwelt. Bei dieser Stelle wurde in der GFK nicht dem Wunsch der Regierung gefolgt, diese Stelle von einer befristeten Stelle in eine feste Stelle umzuwandeln. Es geht um die Umsetzung von Thur3 und von weiteren Revitalisierungsprojekten. Wir werden uns auch vorbehalten, noch einzelne Anträge spontan zu stellen. Wir GRÜNEN wollen eine gut funktionierende Verwaltung, die den steigenden Anforderungen und dem Mehraufwand, auch durch das Bevölkerungswachstum, gewachsen ist und zeitgemäss, und auch vorbildlich, mit der Digitalisierung fortfährt. Wir wollen gute Qualität bei den Dienstleistungen der Verwaltung, dafür brauchen wir sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das gelingt uns mit attraktiven Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen. Wir werden deshalb keine Anträge unterstützen, welche beantragte Stellen ablehnen oder bestehende Stellen streichen wollen. An dieser Stelle spreche ich im Namen der GRÜNE-Fraktion den Mitarbeitenden des Kantons unseren Dank aus für ihre tägliche Arbeit und für das Mittragen der Einsparungen, die bereits umgesetzt wurden und die mit diesem Budget auch noch auf sie zukommen werden.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Reto Ammann, nach ihm folgt Kantonsrat Hermann Lei.

Reto Ammann, Kantonsrat, GLP: Die GLP-Fraktion bedankt sich bei allen, die Zeit und Ressourcen in diesen Budgetprozess investiert haben – der Regierung und der Verwaltung für das umfassende grosse Werk und die Anstrengungen dahinter, die dazu geführt haben. Wir danken aber ebenso den Fraktionen, die sich seit Zustellung des Entwurfes intensiv damit auseinandergesetzt haben und ihre Erkenntnisse in die GFK getragen haben. Wir danken auch der GFK für die Detailberatung und die sorgfältige Arbeit. Besten Dank. Die GLP-Fraktion wird das Budget in der Kommissionsfassung mittragen und in der Budgetdebatte auch genehmigen. Selbstverständlich hat es Punkte, bei denen wir uns, wie schon Vorrednerinnen angetönt haben, eine frühere Kommunikation gewünscht hätten, wie beim Arenenberg. Aber wir tragen das mit. Wir kündigen dennoch gewisse Anträge an: erstens bei der Ziffer 7.2 im Beschlussesentwurf auf Rückstellung, das wur-

de auch schon erwähnt, es geht hier um den Gefängnisbau; zweitens im Konto 6510 die Erhöhung der Neobiota-Stelle – die aus unserer Sicht wirklich wichtig und dringend ist –; drittens, beim Hochbauamt werden Anträge kommen auf Rückstellung bei der Villa Sonnenberg, weil hier ein Amtswechsel stattfindet und es allenfalls diesen Brandschutz gar nicht braucht; viertens und letztens, im Konto 6510 beim Projekt Thur3. Das sind unsere Anträge. Wir unterstützen mit der Kommissionsfassung aber auch den Antrag der Regierung zur Beibehaltung des Steuerfusses in nächster Zeit sowie die moderaten Lohnanpassungen von 0.3 % generell und 0.7 % individuell. Diese liegen aktuell über der Teuerung, sind also auch ein Zeichen einer kleinen, aber wichtigen Wertschätzung gegenüber der Verwaltung. Besten Dank, liebe Regierung, dass Sie das so gemacht haben. Zur Budgetwürdigung generell: Dieses Budget bewegt sich im Rahmen des Finanzplanes und ist gemäss Regierung leicht besser als erwartet – mit dem Minus von 85 Mio. Franken –, aber wie der Regierungsrat selbst sagt, nur „akzeptabel“. Es ist für uns, die GLP-Fraktion, ein klassisches Übergangsbudget. Es gibt keinen Grund für operative Hektik, wie Globalbudgetkürzungen, es gibt aber auch keinen Grund für strategische Windstille, sich zurückzulehnen, Zukunft und Innovation zu verpassen. Erfreulich ist die Ertragsseite: Der Fiskalertrag nimmt erneut um 4.8 % zu, fast 50 Mio. Franken mehr als im Vorjahr, dies trotz unsicherer wirtschaftlicher Lage und steigender Belastungen für die natürlichen Personen. Es ist deshalb gut, dass man das schwache Wachstum nicht abwürgt mit höheren Steuerbelastungen, bevor man nicht den eigenen Haushalt, zumindest auf das Potenzial, durchleuchtet. Wir betonen erneut, wir haben definitiv kein Einnahmenproblem. Schon sehr bald profitiert der Kanton noch stärker von externen Effekten, insbesondere durch höhere Zahlungen aus dem NFA. Über 250 Mio. Franken netto mehr als im laufenden Jahr, und eher noch höher als bisher angenommen, werden künftige Abschlüsse positiv beeinflussen. Dennoch, diese Einnahmen sind Transferhilfen von aussen und entsprechend mit Vorsicht zu betrachten. Es bleibt entscheidend, dass der eigene Aufwand zwar wachsen darf, aber nicht stärker wachsen soll als der jeweilige eigene Ertrag, der, wie gesagt, in diesem Jahr um 50 Mio. Franken gewachsen ist. Genau hier liegt aber das Problem: Der Aufwand steigt erneut deutlich um 120 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr. Das sind satte 74 Mio. Franken mehr als noch in der Prognose. Er wächst rund 40 Mio. Franken stärker als die Erträge. Würde der Aufwand nur im gleichen Tempo zunehmen, wäre das Budget in der Kommissionsfassung zumindest ausgeglichen. Das zeigt: Ausgabenüberprüfungen bleiben – stetig und halt immer – notwendig. Die Regierung plant deshalb eine schrittweise Aufwandentlastung über den Aufgabenverzicht, 40 Millionen, später 80 Millionen. Doch der Prozess ist für das Parlament eine reine Blackbox. Wir sind nicht eingebunden, und es ist unklar, ob effektiv Aufgaben reduziert, allenfalls von Dritten erbracht oder bloss externe Leistungen gestrichen werden. Die Sorge bleibt hoch – eine meiner Vorrednerinnen hat das auch schon gesagt –, dass Sparübungen am einfachsten, aber am falschen Ort, ausserhalb der Verwaltung, stattfinden – sprich sparen bei Dritten, bei den Lobby-Schwächsten, generell bei den

Schwächsten. Dies zu vermeiden, ist eine Führungsaufgabe der Regierung, und wir bitten die Regierung hier, uns zu hören. Der Staatsrechtler Kurt Eichenberger schrieb schon 1977 von der „Ohnmacht des Parlaments“ und der „Allmacht der Verwaltung“. Das darf in dieser AVP hoffentlich nicht passieren. Ein Wort zu einer zweiten permanenten Führungsaufgabe: Ich spreche von der Stellenentwicklung. Effizienzgewinne sind in der Wirtschaft selbstverständlich, beim Kanton scheinen sie jedoch fast nicht mehr möglich zu sein. Nur zwei Ämter haben den Personalaufwand reduziert, insgesamt um 7.4 Stellen. Das entspricht 2 Promille aller Stellen. 50 Ämter bleiben unverändert, 27 Ämter beantragen mehr Personal. Nur 3 % der Ämter haben reduziert, 63 % halten den Bestand, 34 % wünschen mehr Stellen. Das ist, gelinde gesagt, keine Normalverteilung. Aktuell sind 52 neue Stellen geplant. Neue Aufgaben erfordern Ressourcen, das ist unbestritten. Die allermeisten sprechen sich – und das finde ich wichtig hier zu betonen – auch nicht gegen neue Stellen und neue Aufgaben aus. Trotzdem debattieren wir mehr oder weniger intensiv jedes Jahr genau über diese neuen Stellen. Dies auch, weil wir mit unserer Taschenlampe nur über diese marginalen 1.4 % von doch aktuell 358'000 Stellenprozenten wirklich Einfluss nehmen können. Wir reden über 52 der 3580 Vollzeitstellen. Es müsste aus Sicht der GLP-Fraktion umgekehrt sein. Die bestehenden Stellen bleiben aber parlamentarisch eine „terra non grata“, deshalb auch eher unbelichtet. Fazit: Weniger die neuen, sondern Abgänge bei bestehenden Stellen gilt es zu beleuchten auf Vermeidbares. Das Parlament kann das aber fast nicht. Es kann nur reagieren über Pauschalkürzungen, die wir in diesem Jahr kategorisch ablehnen – ich werde noch begründen, weshalb –, indem es ganze Aufgaben in Frage stellt oder indirekt halt doch immer über diese wenigen Zusatzstellen. Nur die Regierung kann dies beleuchten und sollte das aus unserer Sicht auch machen. Wir beschäftigen 3'581 Vollzeitstellen, die aktuelle Zahl für diesen November. Von diesen 3'581 Vollzeitstellen gehen jedes Jahr rund 80 Vollzeitstellen in Pension, zudem wechseln Menschen die Arbeitsstelle. Bei unserer Verwaltung sind das fast 500 – eine hohe Zahl, fast 15 %: ein Wert, den die Regierung anschauen sollte. Das ist deutlich über anderen Branchenwerten und kritisch – aber nicht Thema heute. Es hat übrigens auch nicht mit der Lohnhöhe zu tun – das ist ein Hygienefaktor –, hier geht es um Motivationsfaktoren. Alle diese zusammengezählt grob 600 Wechsel bieten 600 Chancen zur Effizienzsteigerung. Wenn bei Neuanstellungen aus der Fluktuation konsequent 10 % des Pensums reduziert werden würde, ergäbe sich jährlich ein natürlicher Spielraum von etwa 60 Stellen, ohne die übrigen Stellen anzuschauen. So liesse sich der Personalaufwand stabilisieren oder sogar langfristig senken, ohne Leistungen oder auch bestehenden Mitarbeitern etwas wegzunehmen. Effizienz einsparungen von 10 % bei sich bietenden Fluktuationschancen sind in der Wirtschaft absolut üblich. Stellenwechsel bieten immer auch Chancen, auch wenn es natürlich wehtut, wenn man gute Mitarbeiter verliert. Aber das ist normal. Je besser man die Aufgaben und Zeitfresser der Stelle erkennt, desto besser gelingt es, zu reagieren. Falls keine Informationen vorhanden sind, bleibt immer noch das Einholen von Verbesserungsvor-

schlagen der Austretenden direkt, bevor man einfach wieder genau gleich viele Stellenprozent ausschreibt. So kommt man auch automatisch auf den Quotienten, den die FDP genannt hat, mit 10 Stellen auf 1'000 Mitarbeitende, also 10 %. Wir haben viel früher einmal gesagt, wir hätten gerne eine 9 vor dem Komma. Wir stehen somit an einem Übergangspunkt. Die Prognosen zeigen, dass der Thurgau in Zukunft jährlich 250 Mio. Franken netto mehr aus dem NFA erhalten wird. Das gibt langfristig Handlungsspielraum und sollte Anlass sein, auch mit Zuversicht nach vorne zu blicken. Mut, Vereinfachung von Prozessen, Bürokratieabbau und Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bleiben aber nach wie vor gefragt. Was wir vermissen, liebe Regierung, ist eine positive Story. Wir vermissen einen Aufbruch, ein positives Zukunftsbild für den Thurgau. Ich habe in über 20 Jahren Führungserfahrung gelernt, dass Wandel immer auch einhergeht mit Einsparungen und Strukturveränderungen. Und das geht viel leichter, auch in der Kommunikation, wenn gleichzeitig die Innovation und auch der Fortschritt gelebt und auch propagiert werden. Wir wünschen uns als GLP, dass wir aus dieser Verteidigungshaltung herausfinden und uns auch auf kraftvolle Zukunftsfragen konzentrieren. Hier bieten wir noch so gerne Hand. Wir brauchen mehr Mut, mehr Vertrauen: in uns selbst, in jede Bürgerin und jeden Bürger und auch in Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Verwaltung. Staatliche Massnahmen sind und bleiben wichtig und notwendig, aber mit Augenmass, nicht überall und erst in zweiter Linie. Auch die Verwaltung braucht Führung und dringend Vertrauen und ein positives Zukunftsbild für eine Aufbruchstimmung. Dieses Vertrauen, zumindest der zweiten Führungsriege in die Führung, scheint leicht angeschlagen und hat nichts mit dem Hygienefaktor Lohn zu tun. Und auch das Vertrauen des Parlamentes in die Exekutive gilt es abzuholen, mit einer gut geführten, sinnvollen und gezielten Aufgaben- und Verzichtsplanung und der Vermittlung attraktiver Zukunftsbilder, miteinander in einer positiven Aufbruchsstimmung und -haltung. Wir fordern eine mutige, innovative Zukunftspolitik und Führung – keine Abwehr- und Blackboxpolitik. Wir danken allen Beteiligten für die Arbeit und hoffen, dass gemeinsam Weichen für eine nachhaltige, effiziente und zukunftsgerichtete Politik gestellt werden. Wir freuen uns auf die Detail-Budgetdebatte und hoffen, dass wir dieses Jahr gut durchkommen und uns nicht verzetteln in gewissen Detailfragen. Besten Dank.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Hermann Lei, nach ihm folgt Kantonsrat Kilian Imhof.

Hermann Lei, Kantonsrat, SVP: Ja, wieder einmal schliesst das Budget 2026 des Kantons Thurgau mit einem Aufwandüberschuss ab, diesmal budgetiert rund 85 Mio. Franken. Mittelfristig ist die Perspektive jedoch deutlich günstiger. Ab 2028 schreibt der Kanton voraussichtlich wieder schwarze Zahlen in der Erfolgsrechnung, und ab 2029 dürfte sogar der Haushalt insgesamt wieder ausgeglichen sein. Die Voraussetzungen für einen stabilen Staatshaushalt wären damit in den späten 2020er-Jahren erfüllt – und das ohne

Steuererhöhungen. Eine Erhöhung der Steuern ist aus unserer Sicht nicht nötig, und angesichts der absehbaren Erholung der Kantonsfinanzen wäre ein solcher Schritt das falsche Signal. Wir werden das ablehnen. Um die Trendwende zu sichern, ist nun eine strikte Ausgabendisziplin gefragt, insbesondere muss die Aufgaben- und Verzichtsplannung ernsthaft, konsequent und verbindlich vorangetrieben werden. Die SVP-Fraktion erwartet hier vom Regierungsrat klare Prioritäten und Konsequenzen, damit die anvisierten Entlastungen tatsächlich erzielt werden. Äusserst kritisch sehen wir den weiteren Anstieg der Staatsausgaben. Trotz aller Sparappelle weist das Budget einen deutlichen Mehraufwand aus. So steigen die Personalkosten um 12 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr, was auch auf den Aufbau von 52 neuen Stellen und eine Lohnerhöhung von 1 % zurückzuführen ist. Noch gravierender ist der Zuwachs beim Transferaufwand, also bei den gebundenen Ausgaben: Hier verzeichnet das Budget ein Plus von 68 Mio. Franken, ungefähr auf nun rund 1.4 Mia. Franken. Diese überaus starke Kostenentwicklung belastet den Staatshaushalt massiv. Wir fordern daher dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten, etwa durch zurückhaltende Stellenbewilligung und konsequentes Kostenmanagement bei den Transfers. Manchmal wünsche ich mir, ich wäre in einer anderen Fraktion als in der SVP. Gerne wäre ich zum Beispiel bei der SP und den GRÜNEN. Wie einfach hat man es da doch in einer Budgetdebatte: Nur noch mehr ausgeben, nur noch mehr Stellen bewilligen, und das Geld holen wir dann irgendwo bei den Bürgern – oder noch besser, bei den Bonzen. Das wäre doch schön, da wäre ich gerne bei euch. Ich wäre aber auch gerne bei der FDP zum Beispiel, da kann man sich mit dem Unwort des letzten Jahres wieder profilieren, kein „Mikromanagement“ zu betreiben. Ich hoffe, dieses Wort zumindest bleibe uns erspart. Immerhin bin ich dankbar, dass wir uns beim Polizeigebäude und bei der Ablehnung der Steuererhöhung unterstützen. Entschuldigung, es tut mir wirklich leid, aber Budgetprozess heisst eben, dass man das Budget auch anschaut, einzelne Positionen kritisch betrachtet und auch einmal etwas streicht und nicht sagt, man betreibe kein Mikromanagement, da könne man auch zu Hause bleiben. Ich würde es auch gerne so machen, dann hat man diese mühsame Arbeit nicht. Oder ich wäre auch gerne bei den Grünliberalen, wo man auch ins Grundsätzliche abweicht und sagt, ja, Vertrauen in die Führung, in die Führer, in die Regierung... Entschuldigung, die Regierung ist nicht unsere Führung, und eigentlich ist das Misstrauen institutionell, das Parlament muss ein gewisses Misstrauen gegenüber dem Regierungsrat an den Tag legen. Vertrauen in die Führung, in die Zukunft und in uns selbst ist ja gut und recht, aber am Schluss des Tages müssen wir doch unser Budget anschauen und schauen, wo es etwas gibt und wo nicht. Aber was bleibt mir anderes übrig? Ich bin halt in der SVP, und wir haben diese Aufgabe gemacht. Wir haben folgende Anträge, die man ja gemäss Parlamentsbrauch auch ankündigen sollte, und das mache ich hier. Wir haben keine generellen Anträge, das einmal zur Entwarnung. Aber wir haben individuelle Anträge. Es ist so klein geschrieben hier, unsere vielen Anträge, dass ich hoffe, dass ich es lesen kann. Wir werden in der Position 1000 „Regierungsrat“ die Kürzung von

113'000 Franken beantragen, das ist der Beitrag an diese illegale Konferenz der Kantonsregierung. Wir werden unter Konto 2210 „Amt für Daten und Statistik“ eine 0.5-Stelle zu streichen beantragen. Wir werden in Konto 3530 „Amt für Wirtschaft und Arbeit“, eine Stelle zu streichen beantragen. Wir werden bei Konto 5250 in der Staatsanwaltschaft die 100'000 Franken bei der Büroeinrichtung zu streichen beantragen. Wir werden bei der Staatsanwaltschaft – das gilt aber auch für die Gerichte und die KESB – eine Kürzung von 10 % auf die unentgeltliche Rechtspflege beantragen. Ich kenne die Einwände schon, die Sie da bringen werden, aber die werden wir durchkreuzen. Wir werden in Konto 6510 „Amt für Umwelt“ die Neobiota-Stelle zu streichen beantragen – da sind wir zum Glück nicht alleine, wie ich heute gehört habe. Bei der Position 7350, Anteil am Ertrag der Nationalbank, dass der eingestellt wird, da sind wir dagegen. Und beim Arenenberg natürlich, da werden wir bei Konto 3640 den Ausbau des Spielplatzes zu streichen beantragen. Dann natürlich auch bei 6210 „Hochbau“, Objektkredit Sanierung des historischen Gästehauses, da werden wir auch eine Streichung beantragen, ebenso bei der Umgebungsgestaltung bei derselben Position. Und wir sind auch – wie die FDP und die GLP, wenn ich da richtig mitgehört habe – für die Streichung des Beschlusses des Verpflichtungskredits Kantonspolizei, aus den gleichen Überlegungen, die da schon anderswo gemacht wurden. Was wir nicht unterstützen werden – etwas schweren Herzens, denn wir waren die Erfinder dieses Systems, mindestens hier bei uns – ist eine pauschale Kürzung der Globalbudgets um 1 % oder 2%. Das werden wir nicht machen, wie andere auch, aus verschiedenen Gründen. Ein Grund ist, dass die Unterstützung fehlt. Der andere Grund ist, dass wir diese Aufgaben- und Verzichtsplanung haben. Wir vertrauen auf diese, dass sie eine Entlastung bringen wird, und wir schätzen auch die Anstrengungen – das darf man schon auch sagen –, die die Regierung gemacht hat für dieses Budget. Deshalb, etwas schweren Herzens, werden wir diesen Antrag nicht stellen und auch nicht unterstützen. Einer Erhöhung der Globalbudgets, die da von linker Seite schon angekündigt ist, werden wir auch eine Absage erteilen. Das sind die Anträge, die wir schon kennen. Vielleicht kommt noch der eine oder andere dazu, wir werden es sehen. Wir danken natürlich auch der GFK, vor allem der GFK – dem Regierungsrat auch, aber der ist ja fürstlich bezahlt für seine Arbeit –, ich weiss, was die leisten muss und was die auch geleistet hat. Zusammenfassend ist festzuhalten: Der Kanton Thurgau kann seinen Haushalt mittelfristig wieder ins Lot bringen, ohne an der Steuerschraube zu drehen. Die SVP unterstützt diesen Kurs eines ausgeglichenen Budgets ohne Steuererhöhung, allerdings verlangen wir vom Regierungsrat, die notwendigen Reformen, insbesondere die Aufgaben- und Verzichtsplanung, energisch voranzutreiben. Nur so lassen sich die Kantonsfinanzen nachhaltig stabilisieren, ohne die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten. Besten Dank.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Kilian Imhof, nach ihm folgt Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber.

Kilian Imhof, Kantonsrat, Die Mitte/EVP: Ich bin in der Fraktion Die Mitte/EVP und bleibe es gerne, auch wenn die ganze Budgetdiskussion manchmal etwas schwieriger ist und in anderen Parteien vielleicht einfacher. Die Fraktion Die Mitte/EVP bedankt sich auf jeden Fall bei der Regierung und den zuständigen kantonalen Stellen für die ausführlichen Budgetunterlagen. Gerne würden wir diese jeweils bereits vor dem Eintreten der GFK in der Fraktion besprechen, damit unsere GFK-Mitglieder in ihrer Diskussion auch die Fraktionsmeinung einfließen lassen könnten. Wir erwarten darum, dass der Budgetprozess in der GFK und im Rat für die kommenden Jahre geprüft und allenfalls angepasst wird. Nun aber zum eigentlichen Budget: Das Budget 2026 schliesst mit einem Aufwandüberschuss – wir haben es schon gehört – von 85 Mio. Franken, liegt aber damit unter den Vorgaben der Planungsgrundlagen. Mit Erstaunen stellen wir fest, dass der geplante Umsatz um je rund 100 Mio. Franken anwächst, also trotz Sparmassnahmen eine immense Aufwands- und auch Ertragssteigerung vorsieht. Bei den SNB-Ausschüttungen sind wir, wie die GFK, mehrheitlich der Meinung, dass diese Reserven jetzt angezapft werden sollen und eine Ausschüttung angezeigt ist. Der Transferaufwand steigt um 68.6 Mio. Franken, also um 5.2 %, auf 1.4 Mia. Franken und bindet erhebliche Mittel. Grosse Anpassungen sind aber wohl nur durch Gesetzesänderungen möglich, die länger brauchen und jetzt ins Auge gefasst werden sollten. Die budgetierten Fiskalerträge wachsen um 49.8 Mio. Franken. Dies wird mit Lohnerhöhungen, Bevölkerungswachstum und Steuern vergangener Jahre begründet. Wir hoffen natürlich auch, dass das Budget so eintrifft, und wir fragen uns, ob diese Annahmen nicht zu optimistisch gerechnet sind. Die Nettoinvestitionen werden in den nächsten Jahren um die 100 Mio. Franken budgetiert, was wir grundsätzlich begrüssen, auch wenn es eine Verschuldung zur Folge hat. Es ist wichtig, dass der Kanton weiterhin investiert. Die Fraktion unterstützt dazu den Objektkredit zur Sanierung des historischen Gästehauses von Napoleon auf dem Arenenberg einstimmig – als Beispiel. Das Nettovermögen geht 2026 in eine Nettoschuld von 24 Mio. Franken über. Pro Kopf entspricht das 244 Franken pro Thurgauer oder Thurgauerin. Zur Deckung des Finanzierungsfehlbetrages ist eine neue Staatsanleihe bis maximal 400 Mio. Franken geplant. Das sind Schulden bei Dritten, die dem Kanton erhebliche Mehrkosten bringen. Ich komme zu den Anträgen. Grundsätzlich folgt unsere Fraktion den Anträgen, welche die GFK beschlossen hat. Die Version der GFK ist für uns sinnvoll. Eine Ausnahme: Die GFK hat knapp beschlossen, im Amt für Umwelt bei Konto 3000.800 die 0.6-Stelle Landerwerb zu streichen. Wir werden beantragen, diese Stelle wieder ins Budget aufzunehmen, weil sie wichtig ist. Beim DEK-Konto 3634.1800 wurde von der Regierung die Finanzierung der Geriatriekurse gestrichen bzw. aufgeschoben. Wir werden beantragen, diese Kurse wieder ins Budget aufzunehmen, allenfalls in reduzierter Form. Die ausführlichen Begründungen zu diesen Anträgen folgen bei der Detailberatung der nächsten Sitzung. Ja, es bewahrheitet sich wiederum, was wir seit 2021 gebetsmühleartig sagen: Wir leben über unseren Verhältnissen, will heissen, die Gesell-

schaft fordert mehr und will es nicht bezahlen. Die knappe Mehrheit der Fraktion und ich persönlich finden weiterhin, wir müssten den Mut haben und dies wieder korrigieren. Die letzte Steuersenkung um 8 Prozentpunkte traf auf einen Haushalt, der bereits durch laufende Kostensteigerungen, hohe Verpflichtungen und bevorstehende Investitionen unter Druck stand. Eine Rückkehr zumindest zum alten Satz oder zu 117 % würde helfen, das strukturelle Defizit zu verringern und den Kapitalbedarf über Anleihen zu senken. Die Fraktion Die Mitte/EVP wartet gespannt auf die Resultate der Aufgaben- und Verzichtsplannung. Wir danken der Regierung für die umsichtige Finanzplanung und hoffen mit ihr, dass diese bis in einigen Jahren wieder positive Zahlen bringt. Wir freuen uns ebenfalls auf eine konstruktive und verantwortungsvolle Budgetdebatte. Besten Dank.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber, nach ihr folgt Kantonsrat Marcel Wittwer.

Barbara Dätwyler Weber, Kantonsrätin, SP und Gew.: Ich spreche zum Eintreten für die Fraktion SP und Gewerkschaften. Der Finanzhaushalt des Kantons befindet sich in einer bedrohlichen Schieflage. Der Regierungsrat will mit der Aufgaben- und Verzichtsplannung die grossen Entlastungspakete erst ab 2027 und 2028 umsetzen. Das anstehende Geschäftsjahr 2026 wird den Staatshaushalt erneut verschlechtern. Es ist unbestritten, dass der kantonale Haushalt saniert werden muss. Der Regierungsrat will aber erst 2027 massiv eingreifen. Im Jahr 2026 wird die strukturelle Krise nicht angegangen, obwohl sie in der Finanzstrategie berücksichtigt ist. Das ist für uns erklärungsbedürftig. Der Regierungsrat möchte neu im ganzen Planungszeitraum 2025 bis 2031 Investitionen von mindestens 100 Mio. Schweizer Franken jährlich tätigen. Wir begrüssen und unterstützen diesen Entscheid. Der Thurgau hat ein überdurchschnittliches, starkes Bevölkerungswachstum. Der Staat spart, statt dieses ehemals gewollte Wachstum zu nutzen und den Kanton in Bildung, ÖV, Kultur, Wohnen aktiv weiterzuentwickeln. Zum Beispiel ist zwingend zusätzlich in Kindergärten und Schulen sowie – unbedingt notwendig – in die Digitalisierung zu investieren. Die Finanzierung der jährlichen Mindestinvestitionen im Umfang von 100 Mio. Schweizer Franken muss irgendwie gesichert werden. Das wäre zudem gesamtwirtschaftlich betrachtet sinnvoll, da es zum Beispiel positive Signale setzt, Arbeit schafft und künftige Einnahmen sichert. Damit wären zwar noch nicht alle wichtigen und notwendigen Investitionen getätigt, aber es würde für die künftige Generation einen Mehrwert schaffen, statt die nächste Generation zu belasten, welche die nicht zeitgemäss realisierten Investitionen nachholen müsste. Mit anderen Worten: eine wirklich generationentaugliche Finanzpolitik mit Multiplikatoreneffekten. Der Kanton Thurgau kann seit 2022 seine Ausgaben nicht mehr vollständig mit selbst erwirtschaftetem Geld finanzieren. Er muss sich verschulden. Der Kanton nimmt Fremdgeld für Liquidität auf. Das ist alles andere als nachhaltig, es droht eine Schuldenspirale. Es wird nach wie vor mit unsicheren Einnahmen, zum Beispiel der SNB oder aus dem Finanzausgleich, ge-

rechnet. Wir fordern hier und jetzt einen Budgetprozess, der frei von Thurgauer Eigenheiten ist. Ausserordentliche Erträge sollen auch für ausserordentliche Ausgaben genutzt werden und nicht in der allgemeinen Rechnung versickern. Das würde zu einer ehrlichen und transparenten Darstellung der ordentlichen Kantonsfinanzen beitragen. Die Verschuldung des Kantons wird weiter steigen. Auf SNB-Gelder zu spekulieren, ist zu riskant. Der Kanton fährt das Volksvermögen an die Wand. Innert kürzester Zeit haben wir keine Eigenmittel mehr, und der Kanton hat eine Nettoschuld plus Kapitaldienst. Die Massnahme, die am schnellsten wirkt und einfach umzusetzen ist, wäre die Rücknahme der Steuerfussenkung von 8 % für das Jahr 2026. Da dieser Prozentsatz nach unserer Einschätzung keine Mehrheit im Rat findet, werden wir uns trotzdem vorbehalten, eine Anpassung des Steuerfusses vorzunehmen. Ein Tropfen auf den heissen Stein, aber besser als nichts. Es ist fraglich, ob der Kanton noch die Ressourcen hat, die gesetzlich vorgesehenen Aufgaben, insbesondere aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben, zu erfüllen – mit dem Risiko von Verantwortlichkeiten und entsprechenden Folgen. Unser Hauptkapital in diesem Kanton, nämlich die Mitarbeitenden, sind zunehmend demotiviert: zu wenig Geld für Weiterbildungen – wurde gestrichen im letzten Budget – mehr Stress, weil zu wenig Ressourcen, grenzwertige oder konkurrenzlose Löhne. Wir müssen die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung sichern, ansonsten funktionieren keinerlei Dienstleistungen, und es ist auch nicht effizient – die Medienberichterstattung lässt grüssen. Eine Aufgabenüberprüfung, vor allem bei den Subventionen und Leistungsvereinbarungen, halten wir für völlig gerechtfertigt und notwendig. Das kategorische Ausschliessen von Massnahmen auf der Einnahmeseite ist für uns nicht zielführend und nicht ehrlich, vor allem nicht sachgerecht. Daher werden wir auch keinesfalls Pauschalkürzungen, egal in welcher Höhe und in welchen Departementen, unterstützen. Das ist einfach nur feige und ohne Rückgrat. Wenn Sie Kürzungen wollen, dann sagen Sie auch, wo und wie viel. Was die einzelnen Streichungen oder Kürzungen betrifft, werden wir uns in der Detailberatung dazu vernehmen lassen bzw. eigene Anträge einbringen. Es handelt sich zumeist um Wiederaufnahme von gestrichenen Beiträgen oder Stellen durch die GFK. Ich verzichte an dieser Stelle auf die Aufzählung der Details. Eine Liste wurde dem Büro und den Fraktionen zugestellt.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Marcel Wittwer.

Marcel Wittwer, Kantonsrat, EDU/Aufrecht: Ich stelle fest aus der Diskussion, dass jene, die für Sparen plädieren, die Buhmänner sind und jene, die nicht für Sparen plädieren, die Helden sind. Aber so scheint es jedes Jahr zu sein, und man findet immer irgendwelche Gründe, nicht zu sparen: Mikromanagement, es ist feige, wenn man generelle Anträge stellt... Wozu sind wir überhaupt hier? Wir könnten auch das Budget zuklappen und nach Hause gehen. Wir sehen unsere Aufgabe als Parlamentarier ein bisschen anders. Wir tragen Verantwortung für das gesamte Budget, für jeden einzelnen Franken,

der ausgegeben wird. Dafür tragen wir Verantwortung, wenn wir das Budget genehmigen. Deshalb wollen wir genau hinschauen. Der budgetierte Verlust schmerzt, ist aber nur die Folge davon, wenn ein Kanton über seine Verhältnisse lebt. Wenn mir das Geld ausgeht, passe ich die Ausgaben an und überlege mir, wo ich Sparpotenzial habe. „Gürtel enger schnallen“, lautet die Devise. Das hat die wohlstandsverwöhnte Gesellschaft verlernt. Wenn ich mir den Sparwillen der jüngsten Budgetdebatten ansehe, ziehe ich das Fazit: Der Sparwille ist nicht vorhanden. Auch dieses Jahr bislang nicht, aufgrund der GFK-Ergebnisse. Dieser Umstand wirft einen Schatten auf die Aufgaben- und Verzichtsplanning, denn sind wir uns bewusst, am Ende müssen wir die Aufgaben- und Verzichtsplanning in Gesetze giessen, und auch da werden wir immer wieder die besten Gründe hören, warum man auf dieses und jenes nicht verzichten kann. Die Bürgerlichen sollten sich in diesem Kontext vergegenwärtigen, welches Mandat sie vom Wähler erhielten. Rot-Grün ist zu schonen, ihr Wählerauftrag ist es nicht, den Staat an seine Aufgaben zu erinnern, das ist die Aufgabe der Bürgerlichen. Die Aufgabenerweiterung der letzten Jahrzehnte ist ganz in ihrem Sinne. Wenn die Aufgaben- und Verzichtsplanning keine Früchte trägt, werden wir erneut die Forderung stellen, sowohl das Personal als auch die Ausgaben zu plafonieren, so wie wir es schon längst hätten tun sollen. Der Steuerfuss ist auf bisherigem Niveau zu belassen, die Ausgaben sind in der Zukunft markant zu senken, um den Kanton finanzpolitisch auf Kurs zu bringen. Ja, es wurde wieder ein bisschen lauter im Saal. Offenbar haben gewisse Aussagen gestört. Sie können zurückgehen, 20 Jahre, und schauen, was wir dort für einen Ausgabenetat hatten. Wir befinden uns heute in einer komplett anderen Liga. Die Fraktion EDU/Aufrecht ist einstimmig für Eintreten. Ich komme jetzt zu den Anträgen. Wir werden Einzelanträge und einen generellen Antrag stellen, weil dies unsere Verantwortung ist. Schade, dass uns die SVP-Fraktion beim generellen Antrag nicht unterstützen wird. Teilweise ist die Auflistung redundant, ich wusste nicht von den Anträgen der SVP. Ich versuche, mich kurz zu halten: 6210 Hochbauamt, Reduktion 160'000 Franken, 110 % Stelle für Betrieb Loge; 6510 Amt für Umwelt, Reduktion 150'000 Franken, eine der zwei beantragten Stellen; 6510 Amt für Umwelt, Reduktion 90'000 Franken, 60 % Stelle Strategie Bekämpfung Neobiota; Departement Justiz und Sicherheit, 5430 Migrationsamt, Reduktion 450'000 Franken, 300 % Stellen; 5250 Staatsanwaltschaft, Reduktion 100'000 Franken Büroeinrichtungen; 5110 Handelsregister und Zivilstandwesen, Reduktion 150'000 Franken, 100 % Stelle; 3210 Amt für Informatik, Reduktion 150'000 Franken, eine der zwei beantragten Stellen; 3530, Amt für Wirtschaft und Arbeit, Reduktion 150'000 Franken, 100 %-Stelle im Bereich Schwarzarbeitsbekämpfung; Kontogruppe 1000, Konto 3634, der Beitrag für die Konferenz der Kantonsregierungen, 113'500 Franken, Streichung; Kontogruppe 6210 Hochbauamt, bezogen auf Beschlussesziffer 7.1, Kürzung 300'000 Franken in Bezug auf den Objektkredit Arenenberg. Ich habe vorerst geschlossen.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Reto Ammann.

Reto Ammann, Kantonsrat, GLP: Es tut mir leid, dass ich nochmals kurz aufstehe. Ich möchte rasch reagieren auf ein Votum der geschätzten Kollegin Barbara Dätwyler Weber. Ich schätze es sehr, dass jede Fraktion sich lösungsorientiert in die Arbeit einbringt. Das machen die meisten Parteien auch. Aber was ich jetzt heute gehört habe, erstaunt mich sehr. Ich habe vernommen, dass man an zwei Orten andere Lösungen vorschlägt, wie das die Regierung vorgeschlagen hat. Punkt 1: Man hat explizit gesagt, dass man – sonst habe ich mich verhört – auch bei Drittleistern sparen möchte – was alle anderen Parteien vorher gesagt haben: Bitte nicht bei Dritten sparen. Das würde heissen, dass man der Peregrina-Stiftung und anderen etwa Leistungsaufträge entziehen soll. So habe ich es vernommen. Wenn das nicht so ist, bin ich froh, dass das dargestellt ist, besten Dank. Und Punkt 2, der mich sehr erstaunt hat, ist, dass man die ausserordentlichen Einnahmen, die dem Kanton – Gott sei Dank – zugutekommen, seien es die NFA-Millionen oder die SNB-Millionen, bitte nicht im normalen Budget platzieren, sondern für Ausserordentliches nutzen sollte. Sie nickt, ich habe sie richtig verstanden. Ja, das ist ein schöner Wunsch – wir haben auch schon einmal einen Antrag gehabt in diesem Bereich von Kollege Stephan Tobler, den wir sehr unterstützt haben –, dass man in die Richtung arbeitet. Aber die Konsequenz daraus wäre, liebe SP, dass der Aufwand stark gestrichen werden müsste. Das wäre schlicht und einfach ein radikalster Kahlschnitt, der Javier Milei gut anstehen würde in Argentinien. Das wäre die Konsequenz. Und weil das nicht geht, hoffe ich doch, dass diese NFA-Millionen, und auch die SNB-Millionen, auch für den normalen Haushalt genutzt werden können. Und deshalb war es richtig, dass die GFK, auch wenn diese SNB-Millionen noch nicht definitiv in trockenen Tüchern sind, entschied, dass man sie trotzdem budgetieren soll. Ansonsten könnte man sie nicht nutzen. Das hätte aus meiner Sicht auch die Verwaltung und die Regierung schon machen müssen. Auch wenn es vielleicht nicht 43 Mio. Franken gibt, ich glaube, wir sind alle schon zufrieden, wenn es 28 Mio. Franken oder sonst etwas gibt. Besten Dank.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber.

Barbara Dätwyler Weber, Kantonsrätin, SP und Gew.: Sehr geehrter Kollege Reto Ammann, ich habe gesagt, eine Aufgabenüberprüfung, vor allem bei den Subventionen und Leistungsvereinbarungen – und natürlich beinhaltet das sämtliche Leistungsvereinbarungen, auch solche, die wir beibehalten wollen und unterstützen – halten wir für völlig gerechtfertigt und notwendig. Das habe ich gesagt. Alles andere besprechen wir, glaube ich, in der Detailberatung.

René Walther, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Regierungsrat Urs Martin.

Urs Martin, Regierungsrat, DFS: Ich habe Ihnen, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen, sehr aufmerksam zugehört. Es wurde sehr vieles gesagt, es wurde kritisiert, es wurden Dinge anders gesehen, als sie der Regierungsrat sieht. Wenn ich jetzt aber all Ihre Voten nicht durch ChatGPT lassen würde, sondern sie selber zusammenfasse, dann spüre ich grosse Unterstützung für den Vorschlag des Regierungsrates. Und das ist sehr erfreulich. Ja, wir haben gehört, Sie stellen einzelne Detailanträge, aber in den grossen Linien findet der Regierungsrat Unterstützung. Und warum ist das so? Ein früherer Regierungsrat, Hermann Bürgi, hat jeweils gesagt, der Finanzdirektor hätte den einfachen Job, weil er vor der Budgetdebatte nur beim Chef der Steuerverwaltung vorbeigehen und fragen müsste, wie viel man ausgeben könne, und dann beim Abschluss beim Chef der Finanzverwaltung, um sich zu erkundigen, wie das Ergebnis sei. Nun, diese paradiesischen Zeiten haben wir heute definitiv nicht mehr. Zum einen ist der Finanzdirektor nicht nur Finanzdirektor und zum anderen ist nicht nur der Finanzdirektor mit der Budgetierung befasst, sondern die ganze Regierung und sämtliche Ämter. Und die Budgetierung, das ist nicht nur ein Prozess, der sich jeweils im Herbst bis vor Weihnachten abspielt, sondern das ganze Jahr über. Ich erlaube mir, Ihnen einen kleinen Einblick zu geben. In den ersten drei Monaten hat sich der Regierungsrat sehr intensiv mit den Finanzen befasst und am 11. März seine Finanzstrategie verabschiedet, welche die finanzpolitischen Leitlinien für die kommenden Jahre gibt. Die Finanzstrategie sieht ein Minus in der Erfolgsrechnung von 94 Mio. Franken vor, eine Investitionsrechnung von 107 Mio. Franken und eine Finanzierungsrechnung von minus 173 Mio. Franken. Parallel dazu wurde ein neues Aufgabengebiet eingebaut in diese Finanzstrategie, das ist die Aufgaben- und Verzichtsplanung – Sie haben dieses Frühjahr hierfür einen Nachtragskredit genehmigt, vielen Dank –, und diese läuft. Am 6. Mai dieses Jahres hat sich der Regierungsrat intensiv mit den Hochbauten beschäftigt und jedes einzelne Hochbauprojekt angeschaut. Viele Sachen wurden priorisiert, geschoben, reduziert – auch dies wurde gemacht. Am 27. Mai dieses Jahres wurde das Gleiche mit den IT-Projekten gemacht. Alle IT-Investitionen wurden kritisch begutachtet, priorisiert, geschoben, reduziert – auch hier. Der Regierungsrat war das ganze Jahr über dabei, zu priorisieren. Am 17. Juni dieses Jahres hat der Regierungsrat im Rahmen eines Zwischenstandseminars festgestellt, dass wir gegenüber der Finanzstrategie 17 Mio. Franken Bereinigungsbedarf haben in der Erfolgsrechnung und 18.5 Mio. Franken in der Investitionsrechnung. Und dies – geschätzte Damen und Herren Kantonsräte, die Welt ist manchmal nicht so einfach –, obwohl wir steigende Kosten haben: beispielsweise im Bereich der Ergänzungsleistungen – wir haben mehr ältere Leute in unserem Kanton, das wirkt auf die Ergänzungsleistungen, wir haben steigende Gesundheitskosten – Pflegeheime, Spitex, Spitäler, weil die Gesellschaft älter ist und halt auch dort Lohnsteigerungen bei Institutionen abgedeckt werden müssen über die Tarife. Prämienverbilligungen kommen hinzu. Wir haben steigende Schülerzahlen, das bedeutet, dass wir mehr Lehrpersonen brauchen, mehr Klassenzimmer und auch Mehraufwendungen haben im Bereich der Sonderpäda-

gogik. Die Welt ist keine heile Welt, auch dort gibt es mehr zu tun. Und wir haben im Bereich der Gefängnisinsassen, geschätzte Damen und Herren, leider keinen Fachkräftemangel. Auch hier haben wir einen vermehrten Bedarf an Gefängnisplätzen. Und wenn wir sie bei uns nicht selber einrichten, dann müssen wir teurere ausserkantonale Platzierungen bezahlen. Sofern wir die Platzierungen überhaupt erhalten, weil im Moment alle Kantone zu wenig Gefängnisplätze haben. Trotz dieser Fakten hat der Regierungsrat Ihnen ein Budget vorgelegt, das in der Erfolgsrechnung anstelle der 95 Mio. Franken, welche die Finanzstrategie vorsah, 85 Mio. Franken vorsieht, also eine deutliche Besserung der Erfolgsrechnung und das, obwohl wir Ihnen beantragen, keine Nationalbankgelder einzustellen. In der Investitionsrechnung haben wir die 107 Mio. Franken mit 100 Mio. Franken ebenfalls unterschritten und in der Finanzierungsrechnung die 173 Mio. Franken mit einer Million auf 172 Mio. Franken ebenfalls unterschritten. Also Sie sehen, alle Zielvorgaben sind erfüllt. Und Gott sei Dank, geschätzte Damen und Herren, haben wir trotz dieser intensiven Arbeiten auch unser Personal mit einer einprozentigen Lohnanpassung bedenken können, weil unser Personal arbeitet ausserordentlich viel und ist an vielen Orten gefordert. Und Sie können es immer wieder in der Zeitung lesen: Es gibt gewisse Stellen, wo aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahl die Ämter am Anschlag sind, weil man ein grosses Bevölkerungswachstum nicht einfach mit den Stellen von vor 20 Jahren abfedern kann. Und auch hier besteht ein Bereinigungsbedarf. Es wurde gesagt, es gibt positive Aspekte in diesem Haushalt. Das sind die mittelfristig steigenden Zahlungen aus dem neuen Finanzausgleich. Es wurde gesagt, hier steigen die Zahlungen gewaltig an. Aber, geschätzte Damen und Herren Kantonsräte, das ist finanzpolitisch eine schlechte Nachricht. Kantonsrat Stephan Tobler hat einmal vor etwa zwei Jahren einen Vorstoss gemacht und gefragt, wann der Kanton Thurgau von der Empfänger- in eine Zahlermöglichkeit beim NFA komme. Nun, seit der Einführung der OECD-Mindeststeuer sind wir weit davon entfernt, weil in gewissen Kantonen – Zug, Basel-Stadt, Genf, Waadt – ganz andere Verhältnisse sind und sich unser Ressourcenpotenzial im Vergleich zu den anderen Kantonen leider relativ schlechter entwickelt, auch wenn es absolut nicht schlechter geworden ist. Bei der Nationalbank, geschätzte Damen und Herren Kantonsräte, da könnten wir jetzt Budgetkosmetik machen. Sie könnten jetzt eine zweifache Ausschüttung budgetieren, obwohl die hoch unsicher ist, und könnten sagen, ja, wir haben den Voranschlag, das Defizit des Regierungsrates um die Hälfte reduziert. Aber wir haben damit keinen Rappen gewonnen, es ist reine Budgetkosmetik, und deshalb hat der Regierungsrat auch gesagt: Stellen wir nichts ein, weil das einfach aktuell bei diesen Unsicherheiten, die in der Welt herrschen, fahrlässig wäre, und unser Ziel ist es nicht, die Reserven möglichst schnell aufzubrechen, sondern die Reserven für Fälle vorzubehalten, in denen wirklich dann unabsehbar ein schlechteres Ergebnis erzielt wird. Ich danke Ihnen auch für die Würdigung unserer Anstrengungen bei der Aufgabenüberprüfung. Und ja, geschätzte Damen und Herren, da fällt es manchmal schwer, zu unterscheiden, was die Aufgabe der Exekutive, was die Aufgabe der Legisla-

tive ist. Eine Aufgabenüberprüfung, geschätzte Damen und Herren, ist Aufgabe der Exekutive in einem ersten Schritt, und in einem zweiten Schritt kommen wir auf Sie zu, sind dann auf Ihre Unterstützung angewiesen. Ich kann Ihnen aber jetzt sagen, die Aufgabenüberprüfung läuft soweit nach Plan. Der Bericht sollte bis Ende Jahr dem Regierungsrat zugeleitet werden, und sobald wir im Regierungsrat offene Fragen geklärt haben, spätestens aber nächsten Mai, werden wir Ihnen diesen Bericht zuleiten. Ich kann Ihnen aber heute schon sagen, geschätzte Damen und Herren Kantonsräte – und ich sage Ihnen das als überzeugter Eisbader –, Sie können nicht in den Bodensee steigen, ohne nass zu werden, auch im Winter nicht. Das wäre nur dann möglich, wenn der Bodensee gefroren wäre, das wird wahrscheinlich nicht so schnell der Fall sein. Die Aufgabenüberprüfung ist ein anspruchsvoller Prozess, und das wird uns alle gemeinsam fordern. Und warum macht der Regierungsrat die Arbeit jetzt einmal in einem ersten Schritt im stillen Kämmerlein? Ja, ganz einfach deshalb, weil wir zuerst die Abklärungen treffen müssen. Und sobald der Bericht veröffentlicht wird, dessen machen wir uns keine Illusionen, egal, was dann irgendwann vorgeschlagen wird von den externen Experten, wird es Kritik hageln. Es wird Kritik hageln, und alle werden sagen, ja, wieso spart Ihr da und nicht da, wir hätten es viel besser gemacht. Wir machen uns keine Illusionen. Aber der Regierungsrat hält sich an seinen Auftrag in der Kantonsverfassung – mittelfristig ausgeglichener Haushalt –, er hält sich an den Auftrag im Finanzhaushaltsgesetz – ausgeglichener Haushalt –, und genau deshalb sind wir im Moment daran, die Aufgabenüberprüfung voranzutreiben. Sie werden wieder von uns hören. Wir danken Ihnen für die insgesamt trotz kritischer Voten gute Aufnahme. Zu Detailanträgen werden wir später noch sprechen. Ich erlaube mir, in meiner Eigenschaft als Finanzdirektor, nur noch den Hinweis, dass wir selbstverständlich auch die Integration der Staatsanwaltschaft in den Polizeineubau geprüft haben. Aber ich kann Ihnen sagen, es wird wesentlich teurer, wenn das auch noch obendrauf kommt. Der Polizeineubau ohne Staatsanwaltschaft ist schon eine erhebliche Summe, die dann dereinst wahrscheinlich auch eine Volksabstimmung bestehen muss. Deshalb ist im Moment die Planung nicht so, meine Kolleginnen und Kollegen werden dann in der Detailberatung noch darauf zu sprechen kommen. Ich danke Ihnen für die interessante Eintretensdebatte.

René Walther, Präsident, FDP: Die Diskussion wird nicht weiter benützt – geschlossen. Eintreten ist gemäss § 39 der Kantonsverfassung obligatorisch. Ich erteile das Wort Kantonsrat Marcel Wittwer.

Marcel Wittwer, Kantonsrat, EDU/Aufrecht: Wie angekündigt, werden wir aus unserer Fraktion einen generellen Antrag stellen. Ich vertrete an dieser Stelle meinen Fraktionskollegen Robin Spiri, der krankheitshalber abwesend ist. Der generelle Antrag lautet, den Nettoaufwand des Globalbudgets um 2 % zu kürzen bei allen Ämtern, ausgenommen das DEK, weil dort die Ausgaben besonders gebunden sind und weniger Flexibilität

herrscht. Ich komme zur Begründung des Antrags. Ich verlese das Votum: Wir beraten das Budget 2026 unseres Kantons und damit einen der zentralsten Entscheide, die wir als Parlament überhaupt treffen. Der Staatshaushalt ist kein Selbstläufer. Er braucht politische Führung, klare Prioritäten und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen die Budgetdynamik bremsen. Jahr für Jahr wachsen die kantonalen Ausgaben automatisch und strukturell. Ohne gezielte Korrektur steigt der Aufwand weiter, unabhängig davon, ob dies tatsächlich nötig oder sinnvoll ist. Eine moderate Kürzung von 2 % setzt hier ein wichtiges Gegenzeichen. Es ist realistisch und verantwortungsvoll, die Verwaltung dazu zu motivieren, Prioritäten zu setzen, Prozesse zu überprüfen und Mittel gezielter einzusetzen. Das ist kein Abbauprogramm, es ist ein Effizienzimpuls. Solide Finanzen sichern unsere Handlungsfähigkeit. Wenn wir heute bewusst zurückhaltend budgetieren, schaffen wir Spielraum für die kommenden Jahre, was auch ein positives Zeichen für die anstehende Aufgaben- und Verzichtsplanung ist, für notwendige Investitionen, für strategische Projekte oder auch für eine Entlastung der Steuerzahler. Ein Kanton, der seine Ausgaben im Griff hat, kann gestalten. Ein Kanton, der das nicht tut, muss irgendwann reagieren und dann meist ungleich schmerzhafter. 2 % sind ein verkraftbarer, aber wirksamer Schritt. Wir sprechen hier von rund 5 Mio. Franken. Wir senden ein klares Signal. Der Grosse Rat nimmt seine finanzpolitische Verantwortung ernst. Werte Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag stärken wir die mittel- und langfristige Stabilität unseres Kantons, und wir zeigen, dass ein sorgfältiger Umgang mit Steuergeldern für uns mehr ist als eine Floskel. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag zu unterstützen.

René Walther, Präsident, FDP: Kantonsrat Marcel Wittwer beantragt Ihnen, den Nettoaufwand des Globalbudgets um 2 % zu kürzen, bei allen Ämtern, ausgenommen dem DEK. Ich eröffne die Diskussion zu diesem Antrag. Die Diskussion wird nicht benützt – geschlossen. Wir kommen zur Beschlussfassung über diesen Antrag. Bitte stimmen Sie jetzt ab.

Abstimmung Antrag Wittwer:

Ja: 5

Nein: 110

Enthaltung: 0

René Walther, Präsident, FDP: Sie haben den Antrag mit 110:5 Stimmen abgelehnt. Die Detailberatung zum Voranschlag 2026 wird an der nächsten Ratssitzung am 3. Dezember 2025 durchgeführt. Das Geschäft ist für heute erledigt.